

# Paroli

Linke Blätter  
für Stadt,  
Landkreis und  
Universität

Ausgabe Nr. 8  
Juni/Juli  
2009

## Ein anderes Europa ist nötig

Kommentar

Als eine „beispiellose Erfolgsgeschichte“ feierten die europäischen Staats- und Regierungschefs die Europäische Union anlässlich des 50jährigen Bestehens der Römischen Verträge. Demnach habe die EU Einigung, Wohlstand und Frieden auf dem Kontinent gebracht: Einen Staatenverbund aus 27 Nationen mit einer Bevölkerung von fast einer halben Milliarde Menschen, mit einem Binnenmarkt, der das größte Bruttoinlandsprodukt der Welt erwirtschaftet und dessen Mitgliedsstaaten keine Kriege mehr gegeneinander führen. Auf den ersten Blick erscheint der europäische Integrationsprozess beeindruckend, aber bei genauerer Betrachtung erweist sich die EU als ein marktradikales, undemokratisches und militaristisches Gebilde, das weniger den Bedürfnissen der Menschen als den Profiten der Konzerne dient.

### Marktradikal

In den letzten Jahrzehnten spielte die EU den Motor für den neoliberalen Umbau in ihren Mitgliedsstaaten und trägt die Verantwortung dafür, dass sich die Lebensbedingungen für viele Millionen Menschen in Europa verschlechtert haben. Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben sowie ein Wettbewerb um die niedrigsten Steuern, Löhne und Sozialstandards prägten diese Entwicklung. Wettbewerbs- und Marktmechanismen wurden ganz im Sinne der transnationalen Konzerne und ihrer Profite ausgeweitet und die Deregulierung der Finanzmärkte – eine Ursache für die verheerende Wirtschaftskrise – wurde von der EU an vorderster Front mit betrieben.

### Undemokratisch

Obwohl alle fünf Jahre ein europäisches Parlament gewählt wird, haben in der EU vor allem die Regierungen der Mitgliedsstaaten und



Foto: Nico Biver

die Europäischen Kommission das Sagen. Das EU-Parlament darf über bedeutende Fragen nicht mitentscheiden, die Gesetze werden überwiegend von der Kommission entworfen. Die großen Wirtschafts- und Interessenverbände haben einen entscheidenden Einfluss auf die Politik in Brüssel. Kein Wunder, dass viele Menschen sich von einer EU abwenden, in der die Wettbewerbsinteressen großer Finanzkonzerne und der Krümmungsgrad von Gurken die intransparente EU-Politik mehr beschäftigen, als die dringend notwendige Etablierung von europäischen Sozialstandards.

### Militaristisch

Zwanzig Jahre nach dem Ende der Systemkonkurrenz schickt sich die EU an, auch außen- und sicherheitspolitisch ein „Global Player“ zu werden. Mit Hilfe einer europäischen Armee und weltweit einsetzbarer „Battle groups“ sollen die europäischen Interessen militärisch durchgesetzt werden. Auslandseinsätze in Afrika und in Jugoslawien sichern schon jetzt die Grenzen des „EU-Imperiums“. Eine Rüstungsagentur koordiniert die europäischen Aufrüstungsgeschäfte und

mittlerweile gibt es sogar einen Rüstungsposten im EU-Haushalt.

### Für den Wechsel in Europa!

Ob die Volksabstimmungen über die EU-Verträge in Frankreich und Irland, ob die Proteste der europäischen Gewerkschaften gegen die Bolkesteinrichtlinie oder die Kämpfe der Hafenarbeiter gegen die Hafenerichtli-

nie: In den letzten Jahren haben sich die Menschen in Europa immer wieder gegen diese Ausrichtung der EU, wie sie im Lissabonvertrag festgeschrieben werden soll, zur Wehr gesetzt. Gerade in Zeiten der weltweiten Wirtschaftskrise gehört ein Politikwechsel in Europa ganz oben auf die Tagesordnung: Ein europaweiter Mindestlohn, die Kontrolle der Finanzmärkte sowie Abrüstung und zivile Konfliktlösung müssen erste Schritte auf dem Weg zu einem solidarischen, friedlichen und demokratischen Europa sein. Dazu möchte DIE LINKE einen Beitrag leisten. *Jan Schalauske*

### Bundestagswahlen

## LINKE nominierte KandidatInnen

Eine Seiteneinsteigerin steht an der Spitze der hessischen Landesliste der LINKEN für die Bundestagswahl. Die bislang parteilose ATTAC-Bundesgeschäftsführerin Sabine Leidig wurde am 25. April von den Delegierten auf Platz eins gesetzt.

Fortsetzung S. 4

## Mitten in Europa

Assoziiert der Mittelhessen frei, denkt er bei dem Stichwort Europa zuallererst an Brüssel und die Gurke. Brüssel als Sinnbild bürgerferner Bürokratie, die Gurke als Synonym für überbordende Normierung. Doch Europa ist den BürgerInnen des Landkreises näher als viele denken. Die Europaschule Gladenbach schlägt nicht nur durch ihren Namen, sondern auch mit ihrem internationalen Austauschprogramm eine Brücke zwischen dem Gedankengut eines Freiherrn vom Stein und der europäischen kulturellen Vielfalt.

In den Regionen Burgwald-Ederbergland, Herrenwald, Lahn-Dill-Bergland und Marburger Land geht nichts ohne die EU-Programme „Leader plus“. Der europäische Sozialfonds macht manche Weiterbildung im Landkreis erst möglich.

Die Landwirte hängen an den Geldern aus dem ungeliebten Brüssel. Noch spärlich, doch von Jahr zu Jahr ansteigend, fließt der Geldstrom für Projekte im Bereich erneuerbarer Energien. Gäbe es die FFH-Gebiete nicht, die Landschaft sähe anders aus. Die neue Verkehrsverordnung ermöglicht dank der Intervention des EU-Parlamentes, den ÖPNV im Landkreis in kommunaler Hand ohne europaweite Ausschreibung zu erbringen.

So verschiedene Bereiche wie der Hochwasserschutz, die Feinstaubbelastung oder ein Diskriminierungsverbot am Arbeitsplatz, sie alle werden vom Europaparlament mitbestimmt.

Gute Gründe sich an der Wahl zu beteiligen. *Hajo Zeller*

## Termine

■ **Wahl** zum Europaparlament  
So., 7. Juni, 8.00-18.00 Uhr

■ **Stadtverordnetensitzung**  
Fr., 26. Juni, 14.30 Uhr, Barfü-  
ßerstraße 50

■ **Kreisparteitag** der LINKEN  
Sa., 27. Juni, 11.00-18.00 Uhr,  
altes Rathaus Cappel

## Regelmäßige Termine

im Linken Zentrum  
Frankfurter Straße 15, Marburg

► **Mitgliederversammlung** der  
LINKEN Marburg-Biedenkopf, am  
2. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr

► Erweiterte **Fraktion Marburger  
Linke**, montags, 20.00 Uhr

► DIE LINKE. **Kreis AG**, donners-  
tags, 19.30 Uhr

► Die Hochschulgruppe  
**SDS.DIE LINKE** trifft sich diens-  
tags, 20.00 Uhr

## Impressum

## Paroli

**Herausgeber:** DIE LINKE. Marburg-  
Biedenkopf

**Redaktion:** Renate Bastian (verantw.),  
Nico Biver, Jan Schalauske, Hajo Zeller

**Layout:** Nico Biver

**Redaktionsschluss:** 24. Mai 2009

## Kontakt

**DIE LINKE Marburg-Biedenkopf,**  
Frankfurter Str. 15, 35037 Marburg  
Tel. 06421-163873  
info@die-linke-marburg.de  
www.die-linke-marburg.de

## Coupon

■ Ich will bei der LINKEN  
aktiv werden

■ Ich will Paroli bekommen

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

## Parken statt Brauen

## Rot-Grün holt überflüssige Parkplätze in die Innenstadt



## ▲ Statt der alten Brauerei sollen künftig 150 Pkw-Parkplätze die Innenstadt „verschönern“

Die alte Brauerei am Pilgrimstein soll einem Parkplatz für 150 Pkw weichen. Vermutlich werden noch zehn Jahre ins Land gehen, bis auf dem universitätseigenen Gelände ein neues Heim für die Wirtschafts- oder Rechtswissenschaften entsteht. Deshalb will die Stadt die Ruine sofort abreißen lassen und sich später die Kosten vom Land (allerdings ohne Zinsen) erstatten lassen.

Nach dem Willen des rot-grünen Magistrates soll „übergangsweise“ auf dem Gelände ein Parkplatz entstehen, der auch von Süden her angefahren werden kann. Bewirtschaftet wird er von den Stadtwerken.

Niemand hat etwas dagegen, dass die Brauereiruin entfernt wird. Aber

zusätzliche Parkmöglichkeiten in der Innenstadt machen weder verkehrspolitisch noch wirtschaftlich Sinn. Sie werden das Überangebot an Stellplätzen weiter erhöhen.

Eine Große Anfrage der CDU hat ergeben, dass die Anzahl der öffentlichen Parkplätze in der Innenstadt seit 2000 um 207 auf 6.199 zugenommen hat. Dies widerspricht den verkehrspolitischen Zielen der Stadt, die seit der Verabschiedung

## Verkehrsberuhigung ausgebremst?

## Stadt ignoriert Vorschläge des Ortsbeirats Richtsberg

Der Richtsberg ist mit 9.000 Einwohnern der größte und kinderreichste Stadtteil Marburgs. Die Verkehrsprobleme sind drängend – das belegen die Protokolle von drei Ortsbegehungen der Verkehrs-AG Richtsberg. Sie hat die Entwicklung eines Verkehrsberuhigungskonzeptes, in Zusammenarbeit des Ortsbeirates mit den Fachdiensten der Stadt, vorgeschlagen und zu einer gemeinsamen Klausurtagung im September 2008 eingeladen.

Leider sagten alle Vertreter der Fachdienste der Stadt mit Ausnahme der Stadtplanung ab. Dadurch vergrößerte sich der Arbeitsaufwand für den Ortsbeirat beträchtlich. Dennoch wurde eine 13 Punkte umfassende Vorschlagsliste mit der Bitte um Stellungnahme eingereicht. Ziel ist es, den Stadtteil wohnlicher und kindgerechter zu gestalten und zudem die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Die Vorschläge reichen von der Installation von Spiegeln an der Ecke Friedrich-Ebert-Straße/Sonnenblickallee

über den Bau von Schwellen an der Badestube bis hin zu einem Umbau der Sudetenstraße sowie dem Rückbau der Straße Am Richtsberg. Ferner soll der gesamte Stadtteil Verkehrsberuhigt werden.

Monate vergingen, ehe ein Antwortschreiben kam. Darin berief sich die Verwaltung im Wesentlichen auf die bisher laufenden Pla-

der Leitlinien des Verkehrsforums in den neunziger Jahren eine Zurückdrängung des Autoverkehrs zugunsten der umweltverträglichen Verkehrsmittel beinhalten.

Der neue Parkplatz wird entweder zur Folge haben, dass mehr Autoverkehr in die Innenstadt geholt wird oder dass das Parkhaus am Pilgrimstein, das ebenfalls von den Stadtwerken betrieben wird, noch geringer ausgelastet sein wird, als es bisher schon der Fall ist.

Zwei Tage nachdem der Antrag den Magistrat passiert hatte, versuchten die Koalitionsparteien mit einem weiteren Antrag den Eindruck zu zerstreuen, Rot-Grün sei verkehrspolitisch auf den Kurs von CDU und MBL eingeschwenkt. Darin wird vorgeschlagen, auf den Lahnwiesen neue Freizeitflächen auf Kosten der dortigen Parkplatzflächen anzulegen. Die Marburger Linke wird beantragen, dass mindestens so viele Parkplätze dort zeitnah verschwinden, wie am Pilgrimstein und anderswo hinzukommen. Dann wird sich erweisen, wie ernst SPD und Grüne ihren Antrag meinen. *Nico Biver*

nungen, verwies auf die Finanzlage der Stadt Marburg und so weiter. Lediglich die Anbringung der Spiegel zur Sonnenblickallee und die Fortführung der Bepflanzung der unteren Friedrich-Ebert-Straße mit Bäumen wurden in die engere Planung aufgenommen. Damit stehen die Fachdienste der Stadt weiterhin in der Pflicht, ein annehmbares Konzept zur Verkehrsberuhigung am Richtsberg dem Ortsbeirat vorzulegen. *Bernd Hannemann*

## Neustart in der Marburger Linken

Astrid Kolter und Dr. Michael Weber sind für Pit Metz und Eva Gottschaldt in die fünfköpfige Fraktion der Marburger Linken nachgerückt. Georg Fülberth wurde übergangsweise – bis November 2009

– zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Im Sozialausschuss ist die Fraktion jetzt mit Kolter vertreten, im Umweltausschuss mit Dr. Weber und im Haupt- und Finanzausschuss mit Fülberth. Die Zusammensetzung der Fraktion – drei Mitglieder gehören nicht der Partei DIE LINKE an – verdeutlicht den Bündnischarakter der Marburger Linken.



◀ **Neue Fraktionsmitglieder  
Astrid Kolter und Dr. Michael Weber**

# Landrat setzt linkes Projekt um

Landkreis will 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2040, aber ohne viel Einsatz

„100 Prozent erneuerbare Energien bis 2050 im Landkreis Marburg-Biedenkopf“ – diese Forderung der Fraktion DIE LINKE im Kreistag wurde durch zahlreiche Anträge untermauert. Wieder und wieder stimmte die Schwarz/Grün/Gelb/Farblos Koalition die Anträge nieder. Im Zuge des Landratswahlkampfes im Jahre 2007 präsentierte Landrat Fischbach den verduztten Kreistagsabgeordneten plötzlich eine Vorlage, in der die Forderung der LINKEN bereits im Jahre 2040 verwirklicht sein sollte.

Das Ziel perfekt formuliert, doch mit Maßnahmekatalogen und Aktionsplänen tat sich der Landkreis schwer. Ganze 50.000 Euro bewilligte die klamme Koalition zur Finanzierung dieser Jahrhundertaufgabe pro Jahr. Doch jetzt naht Rettung durch das Bundesumweltministerium. 220.000 Euro Fördermittel des Bundes und 55.000 Euro Eigenanteil sollen in den nächsten fünfzehn Monaten für ein integriertes Klimaschutzkonzept des Landkreises fließen.

Die Kasseler Firma deENet – das Kompetenzzentrum dezentralisierter Energietechnologien – hat den Förderantrag erarbeitet. Anna Hofmann, die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, begrüßt das Vorhaben grundsätzlich mit den Worten: „Falls der Landkreis die Fördermittel erhält, ist dies ein erster wichtiger Schritt zum kommunalen Kli-

maschutz. Positiv und erstaunlich ist, dass der Landrat in diesem Fall sogar Personal einstellen will.“

Anna Hofmann hebt weiter hervor, dass mit den Fördergeldern alleine die Zielsetzung auf keinen Fall erreicht werden könne. Nötig sei eine kräftige Ausweitung der per-

sonellen und materiellen Ressourcen im Bereich kommunaler Klimaschutz. Sie schließt: „DIE LINKE wird die Entwicklung wohlwollend begleiten und immer wieder versuchen, die Koalition zu einem forscheren Vorgehen zu bewegen.“

Hajo Zeller

## Wer Straßen sät ...

A 4 und B 252 in der Kritik der LINKEN



▲ Gero Vogel (m.), Wetteraner Stadtverordneter, und die Kreistagsabgeordnete Heidi Boulnois (r.)

Zur Linienführung der neuen B 252 organisierte die Kreisfraktion unter Federführung von Gero Vogel, Stadtverordneter DIE LINKE Wetter, eine Ortsbegehung am 19. April. Mitglieder der LINKEN und interessierte BürgerInnen wollten sich direkt vor Ort von Hartmut Prinz, Vertreter der Aktionsgemeinschaft Wertschaftstal e.V., über den aktuellen Stand

der Planungen unterrichten lassen. Es wurde deutlich, dass der Neubau dieser Bundesstraße massive Eingriffe in die natürlichen Abläufe des Wertschaftstales bringen wird.

Über 350 Einsprüche gegen die Planung bezeugen den Widerstand von Landwirten, die wertvollen Ackerboden verlieren werden. Heidi Boulnois, Kreistagsabgeordnete der LINKEN, bemängelt: „Zwar werden die Anwohner der bisherigen Bundesstraße entlastet, doch führt die Neutrassierung an anderen Stellen zu erheblichen Belästigungen durch Lärm und Abgase. Eine Lösung wird nur durch Verkehrsverlagerung auf die Schiene möglich sein.“

Die geplante A 4 durch das Kreisgebiet brachte DIE LINKE kürzlich in der Kreistagsitzung auf die Tagesordnung. Auf Anregung Gerhard Stemmlers, Vertreter der Bürgerinitiative Marburg-West gegen Fernstraßenbau A4, sollte der Kreistag alle Planungsvarianten, der von den Befürwortern beschönigend „Entwicklungsachse“ genannten Autobahn, ablehnen. „Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten,“ hielt die linke Kreistagsabgeordnete Inge Sturm, der Kreistagsmehrheit entgegen, die den Antrag ablehnte. „Die Betonfraktion unter Führung der CDU hat sich durchgesetzt. Leider waren Grüne und SPD nicht vollzählig, sonst wäre ein anderes Ergebnis möglich gewesen.“ Hajo Zeller

## Kommunales Wahlrecht für alle

DIE LINKE im Kreistag unterstützt den Landesausländerbeirat Hessen (agah) und die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Rheinland-Pfalz (AGARP) bei ihrer Kampagne „Demokratie braucht jede Stimme – Kommunales Wahlrecht für alle“. Ziel der Kampagne ist eine Grundgesetzänderung, um das kommunale Wahlrecht für alle dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebenden Menschen einzuführen.

Ein Resolutionsantrag im Kreistag sollte das Vorhaben befördern. „Wenn alle Macht vom Volke ausgeht, so kann das nur das Deutsche sein“, mit dieser hanebüchernen Er-

klärung lehnte Stefan Heck, Bundestagskandidat der CDU im Landkreis, zusammen mit den Republikanern, der FDP und der FWG den Antrag ab. Beschämend, dass er nicht weiß: Ausländische EU-Bürger haben bei Kommunalwahlen Stimmrecht.

Das Abstimmungsverhalten von SPD und Grünen stimmt zuversichtlich für die inhaltlich gleiche Vorlage in der StVW Marburg. Dort wird dieses Anliegen wohl eine Mehrheit finden. Im Kreistag reichte es nicht. Einige Abgeordnete von SPD und Grünen waren schon auf dem Heimweg. Hajo Zeller

## Uni ohne Zukunft?

Die Etatkürzungen der Uni fallen nicht ganz so drastisch aus wie geplant. Nach lautstarken Protesten der Studierenden, die im Januar in eine Vollversammlung und anschließende Spontan-Demo mündeten, verkündete das Uni-Präsidium Mitte März, dass die geplanten Einsparungen von 2,5 Prozent an allen Fachbereichen halbiert und der Stellenabbau verringert würde. Ein Erfolg für den AstA, auch wenn seitens der Uni-Leitung ein nachhaltiges Konzept einer bedarfsdeckenden Finanzierung noch immer nicht in Aussicht ist.

Das Präsidium sieht sich nicht in der Lage, für 2009 einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Die vage Hoffnung der Universitätsleitung ruht anscheinend auf zusätzlichen Mitteln aus Konjunkturprogrammen der Regierung.

Die finanzielle Lage der Philipps-Universität bleibt weiterhin dramatisch. Statt Stellenkürzungen brauchte man an manchen Fachbereichen 20 bis 30 Prozent mehr Personal. Die Bedingungen für Studierende, Beschäftigte und Lehrpersonal bleiben somit in vielen Bereichen prekär – ganze Fächer, wie etwa die Altphilologie, sind in ihrer Existenz bedroht. Deren Wegfall hätte nicht nur katastrophale Auswirkungen auf den vielfältigen Bestand der Universität, sondern auch auf Stadt und Landkreis.

Die permanente Unterfinanzierung der Universität ist kein Einzelfall. Das „Aushungern“ von Institutionen der öffentlichen Daseinsfürsorge ist uns leidvoll vertraut, etwa als Vorstufe der Privatisierung des Klinikums oder bei der geplanten Bahnprivatisierung.

Die Zukunft der Uni bleibt ungewiss. Prof. Nienhaus verzichtet bei der anstehenden Neuwahl des Uni-Präsidenten auf eine neuerliche Kandidatur. Auch stehen die Verhandlungen über die weitere Finanzierung der hessischen Hochschulen ab 2011 auf der Agenda, so dass eine vage Chance auf Verbesserung besteht. Für die derzeit fast 19.000 Studierenden gilt es, weiterhin den politischen Druck aufrecht zu erhalten. Michael Schwan

## Das Letzte

## Regens- statt Marburg

Immer wieder bricht Egon Vaupel in den Ruf aus: „Marburg ist Spitze!“ Dieser Stolz sei ihm gegönnt. Allerdings ist er nicht immer berechtigt.

Zum Beispiel hat Marburg einen Gestaltungsbeirat, der nicht auf der Höhe seiner Aufgaben ist. Er wurde gegründet, um die Wiederholung von Bausünden wie des „Erlenring-Center“ zu verhindern. Das Ergebnis war das Marktdreieck – vom Gestaltungsbeirat durchgewinkt.

In Regensburg wäre das nicht passiert. Da gibt es nämlich einen hocheffizienten Gestaltungsbeirat. Die IG MARSS arbeitet daran, dass dessen Satzung auch nach Marburg eingeführt wird. Sie hat ihren Entwurf allen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung zugesandt. Aber nur die Marburger Linke hat ihn aufgegriffen und eingebracht. Ein weiteres Vorbild ist die Satzung von Tübingen.

Geht es nach unseren Vorstellungen und denen der IG MARSS, dann wird der Gestaltungsbeirat künftig nicht mehr sieben, sondern vier Mitglieder haben. Der Magistrat hat dort keinen Sitz mehr. Drei der vier Mitglieder sollen weiter als 70 Kilometer von Marburg entfernt wohnen und arbeiten, niemand in diesem Gremium darf zwei Jahre vor oder nach der Beiratstätigkeit in Marburg bauen und planen. Es käme dann nicht mehr zu solch peinlichen Vorfällen wie bisher, als die Vorsitzende des Beirats, eine in Marburg aktive Architektin, eine Sitzung verlassen musste, solange dort eines ihrer Projekte beraten wird.

Würden diese Änderungen angenommen, dann dürfte Oberbürgermeister Vaupel auch auf diesem Gebiet ausrufen: „Marburg ist Spitze!“ – neben Regensburg und Tübingen. Auch wenn es Franz Kahle nicht gefällt.

Georg Fülberth

# Attacke gegen die Krisenparteien

DIE LINKE nominierte BundestagskandidatInnen für Hessen und im Wahlkreis Marburg

Fortsetzung von S. 1

Auf Platz zwei wurde der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Wolfgang Gehrcke gewählt. Er setzte sich gegen Werner Dreibus, den anderen hessischen Bundestagsabgeordneten durch. Dreibus wurde fast einmütig zum Kandidaten für den vierten Platz der nach Geschlecht quotierten Liste bestimmt. Mit deutlichem Abstand vor drei Gegenkandidatinnen kam das Berliner Parteivorstandsmitglied Christine Buchholz auf Platz drei.

Damit ist DIE LINKE gut aufgestellt, um den neoliberalen Parteien, die in den diversen Bundesregierungen seit den 90er Jahren die Weichen für das freie Walten der Marktkräfte und damit für die jetzige Wirtschaftskrise gestellt hatten, Paroli zu bieten.



Foto: Adrian Gabriel

▲ Die hessischen SpitzenkandidatInnen für den Bundestag (vlnr.): Christine Buchholz (Platz 3), Wolfgang Gehrcke (Platz 2), Sabine Leidig (Platz 1) und Werner Dreibus (Platz 4)

„Die Zusammensetzung der Landesliste ist eine gute Grundlage dafür, dass DIE LINKE. Hessen auch weiterhin gemeinsam mit den globalisierungskritischen und sozialen Bewegungen, mit Gewerkschaften und Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern gegen den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus und die zunehmende Armut kämpfen wird“, erklärte der Landesvorsitzende der LINKEN. Hessen, Ulrich Wilken. „Für DIE LINKE. Hessen sind die bevorstehenden Wahlkämpfe Teil ihres Kampfes für die

Landesliste Platz 8 erringen konnte, wurde am 13. Mai mit 82 Prozent der Stimmen zum Direktkandidaten im Wahlkreis Marburg gewählt. Er versprach, mit einem engagierten Wahlkampf für ein Ergebnis von mindestens 10 Prozent im Wahlkreis und auch für ein gutes Erststimmenresultat zu kämpfen. „Jemand wie der SPD-Kandidat Sören Bartol, der für Hartz IV, den Afghanistaninsatz und die Privatisierung der Bahn steht, ist für Linke nicht wählbar.“

Nico Biver

## Ermordete, die nicht sterben

Klaus Gietinger untersuchte die Hintergründe der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Eine der großen Tragödien des 20. Jahrhunderts geschah vor 90 Jahren mit der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Das beschreibt der Frankfurter Klaus Gietinger in seinem fesselnden Buch:

**Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung Rosa Luxemburgs.** Erschienen als Nautilus Flugschrift im Januar 2009.

Auf kurzen 188 Seiten führt der Autor durch ein Labyrinth von politischen Verwerfungen: Denn man kann auch sagen, es handelte sich um eines der großen Mordkomplote des geschlagenen und doch noch virulenten deutschen Militärs nach dem ersten Weltkrieg. Man kann sagen, eine der großen Justizpos-

sen wurde aufgeführt zum Schutz der Mörder, mit Duldung der neuen Regierung. Man kann vermuten, ein Teil der Sozialdemokratie in der entstehenden Weimarer Republik hat „die Revolution fressen“ wollen. Man kann ebenso sagen, dass die westdeutsche Bundesrepublik den juristischen Vertuschungsspuren des Verbrechens gefolgt ist, weil es politisch ins Kalkül passte.

Klaus Gietinger benutzt als Grundlage seiner Darstellung bisher unbekanntes Dokumente. Er verfährt in zurückhaltendem Stil auf verschiedenen Ebenen. Zunächst beschreibt er den Ablauf der Mordnacht am 15. Januar 1919. Er verfolgt dann die Militärgerichtbarkeit, porträtiert die Akteure. Ins Zentrum der Verantwortung rücken



vor allem zwei Personen: Waldemar Pabst, der monarchistische Militär, und Gustav Noske, der undemokratische Sozialdemokrat. Und welche Rolle spielte der Urahn Friedrich Ebert? Das herauszufinden, wäre doch eine Aufgabe für die gleichnamige Stiftung.

REB